

# Müssen Patientenorganisationen ihre Seele verkaufen?

von Heidi Schriber,  
Mitglied des Redaktionsausschusses und des Redaktionellen Beirats der Zeitschrift «Managed Care»



Heidi Schriber

Patientenorganisationen möchten mehr Gewicht haben in der gesundheitspolitischen Diskussion, aber die Strukturen, Instrumente und Ressourcen, um diese Rolle professionell auszufüllen, fehlen. Auch das gesundheitspolitische Umfeld hat Erwartungen an die Patientenorganisationen:

So fordert Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), unter anderem: «Die Patientenorganisationen sollten mehr Profil entwickeln». Zugleich findet er: «Patientenorganisationen sollten finanziell stärker werden. Wie das geschieht, müssen sich alle Akteure überlegen.»<sup>1</sup> Auch der vormalige stellvertretende Direktor des BAG empfiehlt die «breitere Vernetzung der Selbsthilfe- und Patientenorganisationen auf privatrechtlicher Basis»<sup>2</sup>. Gleichzeitig hält er aber fest,

dass dem BAG die Rechtsgrundlagen fehlen, um einen solchen Prozess zu unterstützen. Wer sind also die richtigen Akteure, um die erwünschte Entwicklung voranzutreiben?

«Es geht doch nicht an, dass NGOs<sup>3</sup> sich vom Staat subventionieren lassen und sich dann gegen eben diesen Staat wenden und ihm mit Forderungen und Gegenpositionen das Leben schwer machen», meint mein Freund P. M., ein Bundesbeamter. Muss man davon ausgehen, dass andere Geldgeber ähnliche Loyalitäten erwarten? Müssen Patientenorganisationen sowieso ihre Seele verkaufen, um Unterstützung von aussen zu erhalten?

«Patientenorganisationen sollen Dienstleistungen anbieten, die sie verkaufen können. Wenn sie attraktiv genug sind, haben sie genügend Mitglieder, um sich selbst zu finanzieren und so ihre Unabhängigkeit zu behalten», meinen viele. – Finde ich auch. Nur: Ist zum Beispiel der Verkauf von Patientenverfügungen zu vergleichen mit dem Verkauf von Velovignetten durch den VCS? Gibt es eine Form von «Pannenhilfe», welche die Patientenorganisationen anbieten könnten für Alzheimerbetroffene, für Menschen, die unfruchtbar oder von Fehlern im Medizinsystem betroffen sind? Die Pannenhilfe des VCS macht mein Auto wieder flott. Die Dienstleistungen der Patientenorganisationen dagegen bedeuten, dass ich mich mit Leiden, Krankheit und Tod auseinandersetzen muss, was in unserer Gesellschaft kaum als erstrebenswert gilt. Ist also das Modell der sich selbst finanzierenden Organisation

auf Patientenorganisationen gar nicht anwendbar?

Es gibt ein KVG, ein Präventionsgesetz und andere gesetzliche Möglichkeiten, die ohne Aufwand und Schwierigkeiten zu Gunsten der Patientinnen und Patienten ausgelegt und umgesetzt werden könnten. Der Bund und die Kantone unterstützen (auch finanziell) die Vereinigung für Umweltrecht. Warum nehmen sie analoge Möglichkeiten zur Stärkung der Patientenrechte nicht wahr? Die Antwort scheint einfach: Weil es die Patientenorganisationen verpasst haben, sich zu einigen und genügend Druck zu machen, weil ihnen die professionellen Strukturen, die Ressourcen und vielleicht manchmal auch das Know-how fehlen. Womit wir das Spiel wieder bei Zeile eins beginnen könnten.

Doch es ginge auch anders: Der Schlussbericht<sup>4</sup> zum Projekt zur delegierten Mitbestimmung zeigt auf, dass es Wege gibt, gemeinsam mit verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens eine Stärkung der Patientenangelegenheiten zu erreichen, ohne dass Patientenorganisationen ihre Seele verkaufen müssen. Daran müssten doch alle ein Interesse haben. – Oder nicht?

Dr. Heidi Schriber,  
Coaching und Unternehmensentwicklung, Zürich; Mitglied des Redaktionsausschusses und des Redaktionellen Beirats der Zeitschrift «Managed Care»; Projektleiterin  
«Delegierte Mitbestimmung»  
E-Mail: mail@heidischriber.ch

1 NZZ am Sonntag, 18. Januar 2004.

2 Aktennotiz BAG vom 14. Februar 2005.

3 NGOs: Nichtregierungsorganisationen

4 Schlussbericht erhältlich bei der Projektleitung